



Medium The Pioneer Expert
Thema Verteilungsgerechtigkeit
Ausgabe 21.03.2022

Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland

Wann ist Reichtum zu ungleich verteilt?

Zuletzt aktualisiert am 22.03.2022 17:17 Uhr

Immer noch hält die Mehrheit der Deutschen die Ungleichheit von Arm und Reich für zu groß. Eine Analyse von Pioneer-Expert und Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, Prof. Rainer Kirchdörfer.



**Rainer
Kirchdörfer**

Pioneer Expert, Vorstand der
Stiftung
Familienunternehmen

Wer je in der Großstadt eine Wohnung mieten wollte oder die Chancen der Kinder und Enkel auslotet, aus eigener Kraft eine kleine Immobilie zu finanzieren, der kann sie nachvollziehen – die Debatte um Verteilungsgerechtigkeit. Meinungsumfragen zeigen, dass die Mehrheit der Menschen die Ungleichheit für zu groß hält. Das ist allerdings in allen Ländern der OECD so, nicht nur in Deutschland. Die gefühlte Ungleichheit ist auch in Wohlfahrtsstaaten groß und auch in den Staaten, die den Bürgern und Unternehmern hohe Substanzsteuern abverlangen.

Oft werden Begriffe und betrachtete Kategorien durcheinandergeworfen. Die Spreizung der Markteinkommen kann tatsächlich bedeutend sein, etwa wenn der technische Fortschritt jene Menschen bevorzugt, die sehr gut ausgebildet oder gerade besonders schwer zu finden sind. Doch bei den „verfügbaren Einkommen“ sieht es schon ganz anders aus:

Werden Steuern und Sozialabgaben abgezogen, staatliche Transferleistungen zugeschlagen, verringert sich die Ungleichheit um stolze 40 Prozent.

Ungleicher verteilt als die Einkommen sind in Deutschland wie auch in anderen Industrieländern die Vermögen. 10 Prozent der Bevölkerung besitzen 56 Prozent des Vermögens. Doch ein großer Teil am oberen Ende ist Betriebsvermögen, also Produktionsanlagen, Gebäude, Patente. Es dient nicht dem Konsum, sondern der Wertschöpfung und soll – zumindest sehen das die Familienunternehmen so – ständig produktiv genutzt und gleichzeitig für die nächste Generation bewahrt werden.

In vielen Statistiken zur Vermögensverteilung werden zudem die Renten- und Pensionsansprüche der Bevölkerung nicht berücksichtigt. Diese sind in Deutschland bedeutender als in anderen Ländern. Bezieht man sie mit ein, sinkt die Ungleichheit um über 30 Prozent. Diese hohen Anwartschaften auf die Altersversorgung verringern gleichzeitig den Anreiz, Vermögen zu bilden. Das ist bedauerlich. Staatliche Anreize wie eine neue Arbeitnehmersparzulage, die Förderung der Aktienkultur oder ein Bürgerfonds wären dringend erforderlich – gerade mit Blick auf die unverändert niedrigen Zinsen und bedrohlich hohen Inflationsraten.

Die niedrigen Zinsen führen übrigens auch dazu, dass die Bewertung der Betriebsvermögen überhöht ist. Künftige Erträge mit Minizinsen auf die Gegenwart heruntergerechnet ergeben einen künstlich hohen Unternehmenswert. Reichtum ist also immer relativ.



Die aktuelle Bertelsmann-Studie zur sozialen Gerechtigkeit in der EU und der OECD kann hier als Referenz dienen. Sie bezeichnet Deutschland als ein Land, in dem soziale Gerechtigkeit nicht nur ein politisches Ziel, sondern bereits verwirklicht ist. Es rangiert auf Platz 10 der 41 untersuchten Länder, gemessen an 36 Gerechtigkeitsindikatoren. Da geht es nicht nur um Geld, sondern auch um Chancen und Teilhabe.

[↓ Hier den aktuellen Report der Bertelsmann-Stiftung herunterladen.](#)

Denn nicht vergessen werden darf, dass der deutsche Staat eine Vielzahl an öffentlichen Gütern kostenlos oder zu geringen Kosten zur Verfügung stellt, von der Bildung über den Gesundheitsschutz bis zur Kultur. Die Grundlage für diese Leistungen des Sozialstaats ist das beständig steigende Steueraufkommen.

Erlaubt sei noch ein Blick auf die soziale Marktwirtschaft als Leitbild der deutschen Wirtschaftsordnung. Ihr geht es einerseits um die Grundbedürfnisse der Bürger und die Sicherung ihrer Existenz (Bedarfsgerechtigkeit), andererseits um die wirtschaftliche Entwicklung und Freiheit der Menschen auf dem Weg zu einem gelingenden Leben: Wer sich ehrgeiziger bildet und mehr leistet, soll auch mehr verdienen.

Diese „Leistungsgerechtigkeit“ mag nicht jedermanns Sache sein, ist aber eine zentrale Vereinbarung in unserem Wirtschaftssystem. Deshalb sind auch Steuern, die sich nicht mehr an der Leistungsfähigkeit orientieren nicht Teil dieser Vereinbarung.

Dieser Text stammt von unserem Pioneer-Expert Prof. Rainer Kirchdörfer. Möchten auch Sie Ihre Expertise einbringen? [Hier erklären wir, wie Sie ein Pioneer-Expert werden können.](#)